

NOTWENDIGE KONSEQUENZEN



In der heutigen Sitzung des Landesbezirksvorstandes habe ich erklärt, dass ich zum nächstmöglichen Zeitpunkt mein Mandat als Landesbezirksleiter niederlege. Ich habe damit die Konsequenzen aus den seit Monaten bestehenden Spannungen im ver.di-Landesbezirk inklusive der daraus resultierenden Folgen gezogen.

Die Spannungen, ausgelöst durch nicht abgestimmte Handlungen und öffentliche Erklärungen zur Lampedusa-Thematik, haben nicht nur zu zahlreichen Austritten, sondern auch zu bisher nicht gekannten Intrigen, Illoyalitäten und Zerwürfnissen in ver.di-Hamburg geführt. Deshalb haben insbesondere betriebliche VertreterInnen aus relevanten Organisationsbereichen anlässlich der Jahresstarttagung im Januar 2014 die Notwendigkeit unterstrichen, die diesbezügliche Konsensfähigkeit der Gesamtorganisation nicht durch immer neue Beschlüsse mit Maximalforderungen weiter zu belasten.

Die Diskussion der Jahresstarttagung hat leider nicht lange nachgewirkt, denn auf der folgenden Sitzung des Landesbezirksvorstandes im Februar 2014 wurden abermals Maximalpositionen zur Abstimmung gestellt. Während es bei der Lampedusa-Thematik lediglich aus formalen Gründen zu keiner erneuten Abstimmung kam, wurde die Integrationskraft der Gesamtorganisation in der gleichen Sitzung jedoch beim Thema des Arbeitszeitkongresses wieder strapaziert.

Noch in der Dezembersitzung hat der Landesbezirksvorstand die Unterstützung des im Mai 2014 stattfindenden Arbeitszeitkongresses zur Forcierung der Forderung nach der 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich mit den Argumenten

- die Gesamtorganisation inklusive aller Fachbereiche hätten derzeit andere Schwerpunkte
- in keiner Branche im Organisationsbereich von ver.di steht dieses Thema derzeit an
- der richtige Ansatz wäre die Arbeitszeitverteilung statt der Arbeitszeitverkürzung

mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Dieser in Hamburg stattfindende Kongress wird von zahlreichen Initiatoren und Sponsoren -attac, Rosa Luxemburg Stiftung, Marxistische Abendschule, Motorradclub Kuhle Wampe, Sozialverband Deutschland usw.- getragen, jedoch bis dahin von keiner maßgeblichen Einzelgewerkschaft im DGB unterstützt, die in der Vergangenheit das Thema forciert hat. Obwohl sich gegenüber der Dezembersitzung die Sachargumente nicht verändert hatten, wurde in der Februarsitzung die Unterstützung des Arbeitszeitkongresses im Namen der Gesamtorganisation mehrheitlich beschlossen.

Und dies, obwohl insbesondere von betrieblichen VertreterInnen relevan-

ter Organisationsbereiche Rücksichtnahme auf die anders gelagerten Realitäten in den unterschiedlichen Branchen von ver.di eingefordert wurde. Ein Hauptargument der Befürworter war dabei der Hinweis, dass ohne die finanzielle Unterstützung von ver.di die Durchführbarkeit des Kongresses seitens der Initiatoren und Sponsoren nicht gesichert sei.

Aus meiner Sicht ist dies ein weiteres Beispiel dafür, dass es einigen FunktionsträgerInnen offenbar nicht um die Entwicklung konsensfähiger Positionen für die Gesamtorganisation geht, sondern um die Umsetzung des Politikansatzes „Mehrheit ist Wahrheit“. Dafür wird offensichtlich auch eine Instrumentalisierung der Gesamtorganisation billigend hingenommen.

Ich akzeptiere selbstverständlich Mehrheitsentscheidungen, auch dann, wenn ich nach kontroverser Diskussion unterliege. Aber ich habe und werde keine Mehrheitsentscheidungen mittragen, die ich nicht mit meiner Grundüberzeugung vereinbaren kann, denn „mein Spiegelbild“ ist mir wichtiger als die Ausübung einer Funktion. Aus diesem Grunde habe ich nach der Sitzung des Landesbezirksvorstandes im Februar 2014 entschieden, aus all den Spannungen die aus meiner Sicht notwendige Konsequenz zu ziehen und im Jahre 2015 nicht erneut für die Funktion des Landesbezirksleiters von ver.di-Hamburg zu kandidieren.

Meine ursprüngliche Absicht, das Mandat des Landesbezirksleiters dennoch bis zur nächsten ordentlichen Landesbezirkskonferenz im Jahre 2015 auszuüben, kann ich auf Anraten meines Arztes nicht mehr einlösen. Nach reiflicher Überlegung habe ich mich dazu entschieden, den ärztlichen Rat zu befolgen und mein Mandat zum nächstmöglichen Zeitpunkt niederzulegen. Dies erfolgt, sobald eine Nachfolgeentscheidung getroffen wurde, spätestens zum 30.06.2014.

Mit diesem Schreiben möchte ich die Kolleginnen und Kollegen über die aktuelle Entwicklung und deren Hintergründe informieren, mit denen ich in den letzten Jahren eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet habe.

Hamburg, den 28.04.2014